

tagess

[ARD.de](#) | [DasErste.de](#) | [tagesschau.de](#)

Home

[Ausland](#) | [Inland](#) | [Regional](#) | [Wirtschaft](#) | [Kultur](#) | [Sport](#)

←
Samstag, 26.01.2002
Letzte Änderung, 07.05 Uhr

[Mahnwache der Bundeswehr-Strahlenopfer](#)

[Druckversion](#)

[Versenden](#)

[Merken](#)

Mahnwache der Bundeswehr-Strahlenopfer

Strahlenopfer der Bundeswehr und Angehörige haben eine Mahnwache vor dem Verteidigungsministerium in Berlin begonnen. Die Interessenvertretung der Geschädigten möchte die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass trotz wissenschaftlicher Nachweise und entsprechender Zusagen der Bundeswehr noch immer keine Entschädigungen gezahlt wurden. Im Juni vergangenen Jahres hatte Verteidigungsminister Rudolf Scharping den Radar-Opfern "streitfreie und großzügige Lösungen" angekündigt. Nun wollen die Opfer nicht länger warten. Im März werden sie das Ministerium auf Schadenersatz und Schmerzensgeld in Millionenhöhe verklagen.

Ehemalige Soldaten und Beschäftigte der Bundeswehr. In ihrer Dienstzeit haben sie an Radaranlagen gearbeitet, und dabei waren sie einer dauerhaft hohen Strahlung ausgesetzt. Heute kämpfen sie mit den Folgen. Viele sind krebskrank. Eine Entschädigung haben sie nicht bekommen. Das Verteidigungsministerium zahlt nur, wenn feststeht, dass die Krankheit während des Dienstes entstanden ist. Die Geschädigten sind verbittert.

Siegfried Rabenstein: "Wir sind ja 1978 schon der Bundesaufsichtsbehörde als Strahlenopfer gemeldet worden. Und dann hat man überhaupt kein Verständnis, warum das denn noch zehn Jahre oder länger hingehalten wird. Es geht nur um die biologische Lösung." Viele, die solche Anlagen Ende der 50er- bis Mitte der 80er-Jahre bedient haben, sind krank. Etliche an den Folgen inzwischen gestorben. Schadenersatz verlangen Hinterbliebene und Opfer, weil schon lange bekannt ist, welche Strahlenbelastung die Arbeit an diesen GERäten mit sich brachte. **Reiner Geulen, Rechtsanwalt:** "Die Bundeswehr wußte das im Grunde schon lange, der Verteidigungsminister hat ja schon im vergangenen Jahr freundlicherweise zugesagt, das generös und unbürokratisch entschädigt werden soll. Seitdem ist überhaupt nichts geschehen. Im Gegenteil: Neuerdings bestreiten die Beamten auf unterer Ebene wieder, dass überhaupt ein Zusammenhang besteht. Das Verteidigungsministerium läßt die Leute wirklich hängen, und wir sind nicht bereit das länger hinzunehmen." Nun wollen die Radaropfer klagen. Ein Berliner Gericht soll die Schadenersatzansprüche klären. In den Vereinigten Staaten wird ein VERfahren gegen die Hersteller der Anlagen vorbereitet. Besonders bitter: Die Geräte, die die Männer krank gemacht haben, sind noch heute im Einsatz. Sie wurden an Entwicklungsländer verkauft. Die Geduld der deutschen Opfer geht zu Ende. **Reiner Geulen, Rechtsanwalt:** "Wir haben inzwischen 730 schwerwiegend Krebserkrankte, 190 Tote aus diesem Zeitraum von Ende der 50er-Jahre bis Mitte der 80er-Jahre und das ist überhaupt nicht hinzunehmen. Das Verteidigungministerium weigert sich, diese Leute anzuerkennen. Sie läßt sie hängen - das sind wirklich Opfer des Kalten Krieges und es geht einfach nicht so weiter." Das Ministerium hat die Mahnwache offiziell nicht zur Kenntniss genommen. Immer wieder verspricht es schnell zu helfen. Geschehen ist bisher wenig, deenn jeder Einzelfall wird den Vorschriften entsprechen genaustens geprüft. Und das dauert.

[Seitenanfang](#)

Ausland

[Inland](#) | [Regional](#) | [Wirtschaft](#) | [Kultur](#) | [Sport](#)

Die Landesrundfunk-
anstalten der ARD